



Einzureichen an: _____

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Regionalentwicklung und
Wissenschaft
Domplatz 12
39104 Magdeburg



Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses/einer Zuweisung aus dem Programm

Neues Europäisches Bauhaus

gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Vorhaben zur Verwirklichung der Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“ der Europäischen Kommission und der Grundsätze der Förderung von Wissenschaft und Forschung an Hochschulen, sowie des Neuen Europäischen Bauhauses in Sachsen-Anhalt aus Mitteln der Europäischen Union in der Förderperiode 2021-2027

Finanzplanebene 15.04.0. – Impulse für Architektur, Bauwirtschaft und Zusammenleben im Rahmen des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB)

Die Förderung wird beantragt für:

angewandtes NEB-Projekt (Finanzplanebene 15.04.1.)

NEB-Reallabor (Finanzplanebene 15.04.2.)

Sofern die Beantragung gem. Finanzplanebene 15.04.2. erfolgt (NEB-Reallabor):

Zum Zeitpunkt der Antragstellung liegt mir/uns ein Nachweis der Entscheidung zur Ja Nein Förderwürdigkeit durch das Vorauswahlverfahren der Jury vor.

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Landkreis, kreisfreie Stadt, Gemeinde, Verbandsgemeinde, sonstige Gemeindeverbände

Verein/Verband

außeruniversitäre Forschungseinrichtung

öffentlich-rechtliche oder gemeinnützige privatrechtliche Stiftung

Hochschule

GmbH

Sonstiges



Kofinanziert von der Europäischen Union

1.1 Allgemeine Angaben

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)

Gründungsdatum*

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

Landkreis/Gemeindenummer (falls zutreffend)

Handels-/Vereinsregister-Nr. (falls vorhanden)

Registergericht (falls vorhanden)

Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO)

Umsatzsteuer-ID**

Branche/Tätigkeitsbereich*

Vorsteuerabzugsberechtigt?

Ja

Nein

teilweise mit

%

* nicht anzugeben bei Kommunen

** bei Firmenkunden

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens (sofern abweichend von Ziffer 1.1 dieses Antrages)

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabensbezeichnung

Titel des Vorhabens

2.3 Geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

geplantes Ende des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

2.4 Gebäude/ Einrichtung (nur bei Investitionen in Gebäude)

Baujahr bzw. Jahr des Bauantrages/der Bauanzeige

Art des Gebäudes

2.5 Angaben zu Verbundpartnern

Der Antrag erfolgt als Verbundvorhaben mit mehreren Beteiligten. Ausführungen hierzu siehe Vorhabenskizze.
Hinweis: Jeder Beteiligte des Verbundvorhabens muss einen gesonderten Antrag stellen.

Anzahl der am Verbundvorhaben Beteiligten:

2.6 Angabe der Sollwerte zu Indikatoren (vorhabenbezogen)

Indikator(en) (Code und Bezeichnung)	Soll-Wert (Prognose zum Zeitpunkt der Antragstellung)	zugehörige Finanzplanebene
RPO07 – Bürgerbeteiligung (in Personen)	<input type="text"/>	15.04.1. angewandte NEB-Projekte 15.04.2. NEB-Reallabore
Erläuterung: Bitte geben Sie hier die Anzahl der Personen an, die bspw. an Präsenzveranstaltungen oder Befragungen teilnehmen werden.		
Sofern diese Frage mit Null beantwortet wird: Ist sichergestellt, dass mindestens ein Verbundpartner eine Bürgerbeteiligung vorsieht?		
	<input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein
RPO09 – Anzahl begleiteter Bauvorhaben	<input type="text"/>	15.04.1. angewandte NEB-Projekte 15.04.2. NEB-Reallabore
RPO10 – Erstellung Materialdatenbank (Anzahl)	<input type="text"/>	15.04.2. NEB-Reallabore
Erläuterung: Der Indikator bildet die im Rahmen der Förderung geplante und erstellte Materialdatenbank zur Katalogisierung von für den Rückbau in Betracht kommender Gebäude bzw. deren recyclefähigen Baustoffe ab.		

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Geplante Ausgaben (in Euro)

3.1.1 Pauschalierte Förderung: Gesamtvolumen bis zu 200.000,00 EUR

vorhabenbezogene Bruttopersonalausgaben*	<input type="text"/>
vorhabensbezogene Sachausgaben	<input type="text"/>
vorhabensbezogene Geräteinvestitionen	<input type="text"/>
indirekte Ausgaben (insbesondere Büromaterial, Post- und Kommunikationsausgaben, Mieten sowie Steuern und Versicherungen)	<input type="text"/>
vorhabensbezogene Baumaßnahmen	<input type="text"/>
Summe	<input type="text"/>

3.1.2 Pauschalierte Förderung: Gesamtkosten über 200.000,00 EUR

vorhabenbezogene Bruttopersonalausgaben*	<input type="text"/>
Restausgaben (40% d. direkten förderfähigen Personalausgaben, sog. Restkostenpauschale)	<input type="text"/>
Summe	<input type="text"/>

3.1.3. Nicht pauschalierte Förderung: Gesamtkosten über 200.000,00 EUR

vorhabenbezogene Geräte- und Bauinvestitionen (inkl. Nebenkosten, z. B. Planungsleistungen)	<input type="text"/>
vorhabenbezogene Bruttopersonalausgaben*	<input type="text"/>
indirekte Ausgaben (10% der direkten förderfähigen Personalausgaben)	<input type="text"/>
Summe	<input type="text"/>

* Hinweise: Eine detaillierte Untersetzung der Personalausgaben erfolgt in der Anlage „Kalkulationstool Personal“ für Unternehmen bzw. in der „Anlage zum Antrag für Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen“.

Sofern für die üblich laufenden Tätigkeiten und Finanzen übliche Kostenrechnungsverfahren (z. B. Stundenverrechnungssätze) im Sinne des Art. 53 Abs. 3 Buchstabe a) Ziffer iii) Verordnung (EU) 2021/1060 angewendet werden, können die hiervon betroffenen förderfähigen Ausgaben, abweichend von Ziffer 5.6.2 der Richtlinie, als Kosten je Einheit gemäß Art. 53 Abs. 1 Buchstabe b) Verordnung (EU) 2021/1060 festgelegt werden. Die Festlegung der vorhabenkonkreten Pauschale erfolgt nach Feststellung der fairen, ausgewogenen und überprüfbaren Berechnungsmethode. Die übrigen förderfähigen Ausgaben werden gemäß Art. 53 Abs. 1 Buchst. a) Verordnung (EU) 2021/1060 erstattet. Bitte beachten Sie das dazugehörige Merkblatt.

3.2 Aufteilung mehrjähriger Maßnahmen (in Euro)

Jahr	geplante Gesamtausgaben	beantragte Zuwendung/Zuweisung	geplanter Einsatz der Eigenmittel
20 <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
20 <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
20 <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
20 <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
20 <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Summe	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

3.3 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel (bitte bezeichnen)

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Beantragte Zuwendung/Zuweisung

<input type="text"/>

Fremdmittel

Weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Summe der Finanzierungsmittel

<input type="text"/>

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- a) *bei Zuwendungen:* Mir/Uns sind die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Vorhaben zur Verwirklichung der Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“ der Europäischen Kommission (Erl. der Staatskanzlei und dem Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt vom 25. Januar 2024 – MBI. LSA Nr. 05/2024 vom 05.02.2024, S. 94 ff) in der jeweils gültigen Fassung und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P und ANBest-Gk werden anerkannt.

- b) *bei Zuweisungen:* Mir/Uns sind die geltenden Grundsätze der Förderung von Wissenschaft und Forschung an Hochschulen sowie des Neuen Europäischen Bauhauses in Sachsen-Anhalt aus Mitteln der Europäischen Union in der Förderperiode 2021-2027 und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Des Weiteren ist mir/uns der Erlass der Staatskanzlei und dem Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt „Regelungen für die Förderung von Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalts gemäß der „Grundsätze der Förderung von Wissenschaft und Forschung an Hochschulen, sowie des Neuen Europäischen Bauhauses in Sachsen-Anhalt aus Mitteln der Europäischen Union in der Förderperiode 2021-2027“ (Fördergrundsätze, veröffentlicht 09.10.2023) im Bereich „Neues Europäisches Bauhaus (JTF)“ vom 31.01.2024 und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt.
Mir/uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuweisung nach § 34 LHO nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Fördergrundsätzen und aus dem o. g. Erlass werden anerkannt.
- c) Der frühestmögliche Beginn des im Antrag dargestellten Vorhabens ist der Zeitpunkt des Antragseingangs. Aus dem förderunschädlichen Vorhabenbeginn zum Zeitpunkt des Antragseingangs kann kein Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung abgeleitet werden. Ich/Wir trage(n) bis zur tatsächlichen Genehmigung des Vorhabens das volle Finanzierungsrisiko. Die bereits ab Vorhabenbeginn einzuhaltenen -im „Merkblatt mit Hinweisen zum förderunschädlichen Vorhabenbeginn“ genannten- Bedingungen habe(n) ich/wir zur Kenntnis genommen.
Ich/Wir erkläre(n), mit den Arbeiten für das Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung begonnen zu haben. Beginn der Arbeiten für das Vorhaben ist entweder
- der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages oder
 - der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder
 - die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder
 - eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht.
- Der früheste der vorgenannten Zeitpunkte ist maßgebend. Der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten für das Vorhaben. Bei Baumaßnahmen gelten Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn der Arbeiten. Bei der Übernahme ist der Beginn der Arbeiten für das Investitionsvorhaben der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte.
- d) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses/der beantragten Zuweisung gesichert. Hiermit versichere ich/versichern wir, dass bei der Planung des Vorhabens auch die Betriebs- und Instandhaltungskosten für das beantragte Vorhaben mit Infrastrukturinvestitionen bzw. produktiven Investitionen berücksichtigt und damit Vorkehrungen getroffen worden, die finanzielle Tragfähigkeit des Vorhabens zu gewährleisten. Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir im Falle einer Förderung des beantragten Vorhabens, die getroffenen Vorkehrungen jederzeit nachweisen können muss/müssen.
- e) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird (gilt nicht bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nicht insolvenzfähig sind).
- f) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- g) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- h) Ich/Wir erkläre(n), dass die Förderung sich ausschließlich auf den nichtwirtschaftlichen Bereich der Forschungseinrichtung bzw. der Forschungsinfrastruktur bezieht und dass im Falle der Ausübung von wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten die Kosten, Erlöse und Finanzierungen klar voneinander getrennt werden. Ich/Wir können zu diesem Zweck eine getrennte Buchführung für beide Bereiche nachweisen (bitte ankreuzen).
- Ja Nein
- i) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- j) Ich versichere/wir versichern, dass die Forschungsergebnisse der geförderten Vorhaben eine weite Verbreitung auf nichtausschließlicher und nichtdiskriminierender Basis, zum Beispiel durch Lehre, frei zugängliche Datenbanken, allgemein zugängliche Veröffentlichungen, Konferenzen, Open-Access-Repositorien oder durch gebührenfreie Software beziehungsweise Open-Source-Software finden. (Ziffer 4.8 der Richtlinie)
- k) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3.3 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- l) Gegen mein/unser Unternehmen liegt keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von Deutschland gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der ich/wir nicht nachgekommen bin/sind
- m) *Bei investiven Maßnahmen:* Ich erkläre/Wir erklären, dass mit dem beantragten Vorhaben keine Ausgaben für eine Verlagerung gemäß Artikel 66 Absatz 1 Verordnung (EU) 2021/1060 in Verbindung mit Artikel 2 Nr. 27 Verordnung (EU) 2021/1060 und Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gefördert werden. Eine Verlagerung ist gemäß Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 die Übertragung derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit oder eines Teils davon von einer im Gebiet einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte (ursprüngliche Betriebsstätte) zu der im Gebiet einer anderen Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte, in der die geförderte Investition getätigt wird (geförderte Betriebsstätte). Eine Übertragung liegt vor, wenn das Produkt oder die Dienstleistung in der ursprünglichen und in der geförderten Betriebsstätte zumindest teilweise denselben Zwecken dient und der Nachfrage oder dem Bedarf desselben Typs von Verbrauchern gerecht wird und in einer der im Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen ursprünglichen Betriebsstätten des Beihilfeempfängers Arbeitsplätze im Bereich derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit verloren gehen.
- n) Ich erkläre/Wir erklären auch, dass gemäß Artikel 66 Absatz 2 Verordnung (EU) 2021/1060 in Verbindung mit Artikel 14 Absatz 16 Verordnung (EU) Nr. 651/2014 in den beiden Jahren vor der Beantragung der Beihilfe keine Verlagerung hin zu der Betriebsstätte vorgenommen wurde, in der die Erstinvestition, für die die Beihilfe beantragt wird, getätigt werden soll. Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, dies auch in den beiden Jahren nach Abschluss der Erstinvestition, für die die Beihilfe beantragt wird, nicht zu tun.
- o) Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir das Hinweisblatt zur Wahrung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB) zur Kenntnis nehme(n) und das Vorhaben im Einklang damit umsetzen werde(n). Sofern das beantragte Vorhaben auch die Förderung von Teilnehmern umfasst, werde ich/werden wir diese Informationen an die Teilnehmer weitergeben. Mir/Uns ist bewusst, dass eine Verletzung der in der Charta verankerten Grundrechte im Zusammenhang mit der Umsetzung des beantragten Vorhabens zu einem teilweisen oder vollständigen Widerruf der Zuwendung/ vollständiger Zurückziehung der Zuweisung führen kann.

- p) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- q) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- r) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- s) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.
- t) **Behrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern .1., 1.1, 2.1, 2.2, 2.3., 2.4, 2.5, 2.6, 3.1.1, 3.1.2, 3.1.3, 3.2, 3.3, 4., 5. a), b), c), d), e), f), g), h) i), j), k), l), m), n), o) und p) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 2., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35., 36. und 37. beizufügenden Unterlagen.
Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

Ja

Nein

Elektronische Kommunikation: In der Regel erfolgt der gesamte Informationsaustausch zum geförderten Vorhaben elektronisch mit der Bewilligungsstelle über das [IB-Kundenportal](#). Ausnahmen hiervon sind bei der Bewilligungsstelle zu beantragen und zu begründen. Für die Nutzung des [IB-Kundenportals](#) ist eine [Registrierung erforderlich](#). Nähere Informationen zum [IB-Kundenportal](#) finden Sie unter <https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal>.

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Veröffentlichung

Mir/Uns ist bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten bei der Gewährung einer Einzelbeihilfe über 500.000 EUR gemäß Artikel 9 Absatz 1, Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird. Darüber hinaus ist mir/uns bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Artikel 49 Absatz 3 Verordnung (EU) 2021/1060 veröffentlicht wird.

6.2 Zustimmung zur Beratung und Information

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Werbezwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit- /Zuschuss-/ Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/ uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vor genannten Zwecken einverstanden.

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

per Post **telefonisch** **per E-Mail**

6.3 Hinweise zur Datennutzung

Mir/Uns ist bekannt, dass die im Antrag geforderten Angaben zum Antragsteller und seinen wirtschaftlichen Eigentümern zur Bearbeitung des Förderantrages notwendig sind (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c und Absatz 3 Buchstabe a Verordnung [EU] Nr. 2016/679 Daten-schutz-Grundverordnung, § 4 Satz 1 Nr. 1 Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalt - DSAG LSA in Verbindung mit Artikel 69 Absatz 2 und Anhang XVII Verordnung [EU] 2021/1060).

Außerdem ist mir/uns bekannt, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung bei der IB verarbeitet sowie an die mit der Durchführung und Kontrolle der Förderung befassten Institutionen des Landes, des Bundes und der Europäischen Union übermittelt und von diesen verarbeitet werden können. Die Datenschutzhinweise nach Artikel 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung zum Umgang mit meinen Daten sowie die Information über die mir zustehenden Rechte habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen.

Ich/Wir habe(n) alle wirtschaftlichen Eigentümer über die Erhebung und Verarbeitung ihrer im Antrag geforderten Angaben informiert und die entsprechenden Datenschutzhinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten wirtschaftlicher Eigentümer allen wirtschaftlichen Eigentümern zur Kenntnis gegeben.

Bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts ist die Erfassung von wirtschaftlichen Eigentümern nicht erforderlich.

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)